diesen „Leitlinien" steht, und angesichts der Tatsache, daß Präsident Reagan auf dem Weg ist, das „Leitlinien-Dokument" in die Praxis umzusetzen – nicht zuletzt mit „AirLand Battle" –, muß man sich fragen, wie viele Schritte zwischen diesen Kriegsvorbereitungen und einem Krieg noch übrig geblieben sind.

Die USA nach den Novemberwahlen

Erfolge für „Freeze", aber noch keine Wende

Von Bernd Greiner und Rainer Rilling

Die Wahlen vom 2. November 1982 (in 34 Bundesstaaten wurden neue Regierungen und Parlamente bestimmt, ein neues Repräsentantenhaus mit 435 Mitgliedern und ein Drittel der Senatoren standen zur Wahl) wurden im Vorfeld als eine der wichtigsten Halbzeitwahlen der amerikanischen Nachkriegsgeschichte eingeschätzt:

– Erstmals war Gelegenheit gegeben, über Programm und Praxis der Regierung Reagan abzustimmen. Dabei mußte sich zeigen, wie gefestigt der Wahlsieg der Republikaner und neuen Rechten im Herbst 1980 tatsächlich war und ist; zugleich war die Wahl damit Barometer möglicher Kräfteverschiebungen und Richtungsdifferenzierungen in der amerikanischen Innenpolitik.

– In neun Bundesstaaten und der Hauptstadt Washington, D.C. konnten sich insgesamt 30 % aller Wahlberechtigten der USA in paralleler Abstimmung zum Vorschlag des sofortigen und beiderseitigen Einfrierens der Atomwaffenpotentiale der USA und der UdSSR äußern. Diese Abstimmungen waren zwar politisch und juristisch *nicht* verbindlich (sog. „non-binding resolutions"), aber dennoch von herausragender politischer Bedeutung. Niemals zuvor in der amerikanischen Geschichte konnten so viele Wähler gleichzeitig über eine (darüber hinaus dem jahrzehntelang tabuisierten Thema „militärische Sicherheit" zuzurechnende) Streitfrage befinden. Also war auch ein genauerer Aufschluß über die Breite der amerikanischen Friedensbewegung und ihre Verankerung im politischen System zu erwarten.

Wer einen politischen Erdrutsch gegen Reagan erwartet hatte, mußte sich getäuscht sehen. Insgesamt erwies sich der politische Trend als uneinheitlich, vielfach widerspruchsvoll und ungefestigt. Uneinheitlich schon allein deshalb, weil die der Sache nach zusammenhängenden Abstimmungen über Reagans Wirtschafts- und Sozialpolitik und den Freeze in der politischen Realität (noch immer) als voneinander geschiedene Themen wahrgenommen werden. Von wenigen Ausnahmen (Zweiter Weltkrieg, Korea, Vietnam) abgesehen, werden mit außen- und sicherheitspolitischen Themen in den USA keine Wahlen entschieden. Die Innenpolitik diktiert in der Regel die Themen – das konnte im Herbst 1982 nur heißen, daß Arbeitslosigkeit und Sozialabbau im Vordergrund standen; der Freeze spielte im Wahlkampf der Kandidaten und im Abstimmungsverhalten der Wählerschaft nur in verschwindend wenigen Fällen eine Rolle[1]).

I

Daten zur wirtschaftlichen und sozialen Lage: Reagans hochtrabende Wahlversprechen („Amerika wieder zurück zur Arbeit zu bringen") sind, wie nicht anders zu erwarten, sämtlich an der Realität gescheitert. Der Wahlkampf wurde folglich von den seit zwei Jahren rapide verschlechterten Bedingungen beherrscht, in erster Linie der *Arbeitslosigkeit.* Seit der großen Depression in den 30er Jahren gab es keine vergleichbare Wirtschaftskrise. Die offizielle Statistik (Stand: Oktober 1982) beziffert 11,3 Mill. Arbeitslose, hinzuzurechnen sind 1,6 Mill. „discouraged workers", die die Arbeitssuche längst aufgegeben haben, sowie eine nicht genau quantifizierbare Menge „versteckter Arbeitslosigkeit"; die (unfreiwillige) Teilzeitarbeit hat mit 6,6 Mill. Betroffenen ebenfalls einen Höchststand erreicht. Die größten Opfer müssen wie üblich die Schwarzen bringen: von ihnen sind durchschnittlich 20 % arbeitslos, von schwarzen Jugendlichen sind es über 50 %. Arbeitslosenunterstützung, ohnehin nur für 40 % (!) der Entlassenen beanspruchbar, wird in der Regel nur noch für 36 Wochen gewährt. Es zeichnet sich ab, daß Ende 1982 25 % der amerikanischen Arbeitskräfte, d.h. 30 Mill. Menschen, zwischen 14 und 16 Wochen arbeitslos gewesen sein werden[2]).

Keine Regierung in der Nachfolge des New Deal wagte einen derart radikalen Kahlschlag im ohnehin sehr grobmaschig geknüpften *„sozialen Netz".* 2,1 Mill. Menschen erhalten keine Lebensmittelmarken mehr, das wichtigste Wohlfahrtsprogramm (Aid to Families with Dependent Children) wurde um 342 Mill. Dollar gekürzt, d.h. 700 000 Familien wird die Unterstützung entzo-

1) Schätzungen für die Wahl zum Repräsentantenhaus und Senat besagen, daß von den 466 Entscheidungen lediglich neun vom Freeze beeinflußt wurden. U. a. wurden die von der Friedensbewegung scharf kritisierten „Anti-Freezer" John LeBoutillier und James Coyne nicht wieder ins Repräsentantenhaus gewählt. Daß im Wählerbewußtsein von einer Identifizierung der demokratischen Partei mit dem Freeze keine Rede sein kann, zeigt eine Time/CBS-Umfrage: ihr zufolge wollten 53 % (!) der Freeze-Gegner für demokratische Kandidaten stimmen. Vgl. „International Herald Tribune" v. 20. 10. 1982.

2) Zahlenangaben nach „New York Times" v. 6. 11. 1982 und „Newsweek" v. 4. 10. 1982.

gen[3]). Und für Millionen Rentner ist zweifelhaft geworden, ob und wie ihre Altersversorgung („social security") weiterhin finanziert werden kann.

Wichtig ist, daß nicht mehr allein die (Industrie-)Arbeiterschaft und die ethnischen Minoritäten die Hauptbetroffenen sind. Die Krise erfaßt auch mehr und mehr den Mittelstand, also jene Gruppe, die traditionell ideologisch stabilisierend wirkt und überproportional große (und konservative) Wähleranteile stellt. Auch im Mittelstand steigt die Arbeitslosigkeit und mehren sich „Sekundärerscheinungen" der Krise wie z. B. zwangsweise verminderte Ausgaben für Bildung und Erziehung. So sank etwa seit 1980 die Zahl der in privaten Colleges Studierenden aus mittelständischen Familien mit 6000 bis 24 000 Dollar Jahreseinkommen um 39 %[4]).

II

Die Wahlergebnisse: Beim ersten Hinsehen erscheint der Wahlerfolg der Demokraten überzeugend. In den *Bundesstaaten* konnten sie ihren Vorsprung weiter ausbauen: in 34 Staaten kontrollieren die Demokraten jetzt beide legislativen Kammern; sieben Gouverneurssitze übernahmen sie von den Republikanern, allein fünf davon (in Ohio, Michigan, Wisconsin, Minnesota und Nebraska) in den von der Wirtschaftskrise überdurchschnittlich betroffenen Staaten des Mittleren Westens. Dort ging den Republikanern ihr Stammland und eine jahrzehntelang gehaltene Hochburg „verloren". Die im Vergleich zur 1978er Wahl höchsten Zugewinne verbuchten die Demokraten in den bevölkerungsreichsten Staaten des Ostens, Südens und der Westküste mit durchschnittlich 5–6 %[5]). Insgesamt erzielten sie auf Ebene der Bundesstaaten ihre seit 1970 besten Ergebnisse.

Bei der politisch wichtigsten Abstimmung über das neue *Repräsentantenhaus* gewannen die Demokraten 26 Sitze hinzu und verfügen nun über 267 gegenüber 166 Abgeordneten auf republikanischer Seite. Bei keiner Zwischenwahl seit 1922 (!) erlitt eine Partei, deren Kandidat seine erste Amtsperiode im Weißen Haus bestreitet, vergleichbar hohe Verluste wie die Republikaner 1982. Im *Senat* blieb die Sitzverteilung wie bisher (54:46 zugunsten der Republikaner); allerdings war Reagans Mehrheit sehr gefährdet, da sich fünf republikanische Abgeordnete nur mit äußerst knappen Mehrheiten durchsetzen konnten.

Eine Analyse der *Wählerbewegung* am Beispiel der Wahlen zu Repräsentantenhaus und Senat zeigt, daß der 1980 für Reagan ausschlaggebende, alle Wählergruppen erfassende Trend zu den Republikanern umgekehrt, teilweise der vor 1980 bestehende Stimmenproporz wiederhergestellt werden konnte. Die Republikaner konnten ihre Stammwähler halten. Dagegen mobilisierten die Demokraten offenbar Wechselwähler und konnten (der Radioge-

3) Lt. „New York Times" v. 25. 8. 1982, 1. 10. 1982; vgl. „US News and World Report" v. 16. 8. 1982. Zum Thema Hunger in den USA vgl. den materialreichen Bericht der „New York Times" v. 24. 10. 1982.
4) Lt. „New York Times" v. 9. 9. 1982.
5) Vgl. „New York Times" v. 8. 11. 1982, S. 12.

sellschaft NBC zufolge) 78 % jener Stammwähler, die 1980 ins Reagansche Lager übergewechselt waren, zurückgewinnen. Folgende Gruppen votierten mehrheitlich demokratisch und stellten die traditionelle „Wählerkoalition" der Partei wieder her: *Jüngere Wähler* unter 30 und *ältere* über 50 (55–60 %); *Arbeitslose* (69 %); *Gewerkschaftsmitglieder* (65–70 %); *Schwarze* (90 %); *Frauen* (56 %); *Katholiken* (59 %); *Juden* (72 %); und die am schnellsten wachsende Bevölkerungsgruppe der *Hispanics* (46 %, gegenüber 22 % für die Republikaner)[6]).

Die Demokraten profitierten des weiteren von der bei Zwischenwahlen seit 20 Jahren mit knapp über 40 % höchsten *Wahlbeteiligung;* auffällig dabei, daß mehr Schwarze (50 %) als Weiße zur Wahl gingen.

Als wichtige Trendwende erscheint zunächst auch der Mißerfolg der parlamentarisch und außerparlamentarisch organisierten „Neokonservativen". 13 der 1980 neugewählten Abgeordneten aus Reagans rechter Jungschar scheiterten; das rechtsradikale „National Conservative Political Action Committee" (NCPAC), 1980 durch gezielte Propagandaarbeit für die Niederlage von vier liberalen Senatoren mitverantwortlich, mußte einen Rückschlag hinnehmen. Mit 4 Mill. Dollar ausgestattet, hatte das Komitee 30 Abgeordnete und Senatoren auf seine „Zielliste" (wie dies in ihrem Jargon genannt wird) gesetzt. Nur in zwei Fällen war man erfolgreich, wohingegen zahlreiche republikanische Abgeordnete verloren, eben weil sie vom NCPAC unterstützt wurden.

III

Politische Relevanz der Wahl: Die Stimmverteilung zeigt also eindeutig eine Niederlage Reagans und der Republikaner; dies ist aber nur die quantitative Seite der Medaille. Nach inhaltlichen Kriterien bemessen, kündigt die Wahl noch *keine* grundsätzliche Wende im Kräfteverhältnis der politischen Grundströmungen an. Diese Einschränkung folgt aus mehreren Gesichtspunkten.

1) Die *demokratische Partei* wurde und wird den Aufgaben einer Oppositionspartei *nicht* gerecht. Opposition gegen das regierende Lager ist grundsätzlich nach zwei Seiten hin möglich: erstens als Protestpartei aufzutreten und aus der bloßen Negation der präsidialen Politik, d. h. noch ohne entwickeltes Alternativprogramm, Wahlen zu gewinnen. Dazu bedarf es allerdings einer effektiven politischen Führung und profilierter Repräsentanten. Beides fehlt augenblicklich den Demokraten, weder Kennedy noch Mondale noch Glenn scheinen dazu in absehbarer Zeit fähig. Bliebe also noch die zweite Möglichkeit des Entwurfs eines innerparteilich konsensfähigen und nach außen offensiv vertretenen Wirtschaftskonzepts, das einen den Interessen der demokratischen Wählerklientel entsprechenden Ausweg aus der Krise weist – ein solches aber fehlt den Demokraten vollends. Der Wahlkampf war dafür beredtes Zeugnis, blieb die Opposition gegen Reagan doch rein defensiv.

6) Ebd.

Zwar kritisierte man die Auswirkungen der Reaganomics, blieb aber bei den vorgeschlagenen Lösungen innerhalb der Reagan-Ideologie.

Wesentlich für diese Entwicklung ist wohl, daß die Demokraten in ihren eigenen Reihen die Rechtsverschiebung des politischen Spektrums in den USA (spätestens seit 1980) nachvollzogen und unter republikanischem Druck wesentliche liberale Momente des klassisch demokratischen Programms über Bord geworfen haben. Die traditionelle Forderung nach einer Erhöhung der Bundesausgaben für sozialstaatliche Zwecke wurde aufgegeben und durch eine die Alternativlosigkeit kaum verhüllende Formel ersetzt: Sozialausgaben beschneiden und „Grundstruktur" der Sozialprogramme erhalten. Das im September 1982 vorgelegte Wirtschaftsmanifest („Rebuilding the Road to Opportunity") rückte darüber hinaus vom (jahrzehntelang proklamierten) Ziel der Vollbeschäftigung ab und nannte – in voller Übereinstimmung mit Reagan – die Inflation, *nicht* die Arbeitslosigkeit als Hauptproblem. Militärausgaben wurden in diesem „Manifest" nicht einmal erwähnt; sie seien ein gesondert zu erörterndes Problem „nationaler Sicherheit".

2) „USA Today" – die neue nationale Tageszeitung – kommt daher in ihrer Wahlanalyse berechtigterweise zu dem Schluß, daß die neue/alte *Koalition demokratischer Wähler* wegen der mangelnden Orientierungskraft „ihrer" Partei noch sehr *labil* ist. „ . . . im Urteil der Wähler spiegelt sich eine Hoffnung und keineswegs die bewußte Unterstützung einer spezifischen Programmatik oder Politik."[7]) Diese „Hoffnung" besteht wohl in erster Linie darin, daß die Demokraten mit ihrem vielseitig interpretierbaren Vorschlag einer stärkeren Regierungsintervention die Wirtschaft doch noch würden ankurbeln können. Wo auch diese Hoffnung fehlte, gerann die Stimmabgabe zum perspektivlosen (und gerade in Krisensituationen extrem manipulierbaren) Nur-Protest gegen die Regierungspolitik.

3) Verschiedene repräsentative *Meinungsumfragen* bei registrierten Wählern unmittelbar vor bzw. während der Wahl zeigten, daß der Mangel an Alternativen noch immer der Reaganschen Position zugute kommt. 49–60 % der Befragten waren der Meinung, „Reaganomics" würden mit der Zeit doch zu wirtschaftlichen Verbesserungen führen[8]) – man müsse dem Präsidenten eine Chance geben, da schließlich, so die Mehrheit der Befragten, die vorangegangenen demokratischen Regierungen für die Misere verantwortlich seien.

Die diesem Urteil widersprechende Stimmverteilung bei der Wahl ist wohl darauf zurückzuführen, daß ein großer Teil der registrierten Wähler zu Hause blieb. Eine höhere Wahlbeteiligung hätte demzufolge auch den Republikanern zusätzliche Stimmen bringen können.

Diese Einschätzung wird bestätigt durch das zweite Umfrageergebnis, daß Reagan (eine der effektivsten präsidialen Medienfiguren überhaupt) auch

7) „USA Today" v. 4. 11. 1982, S. 10 A.

8) Ergebnisse einer Umfrage von New York Times/CBS News, in: „New York Times" v. 8. 11. 1982, S. 12; vgl. „Times" v. 15. 11. 1982, S. 12/13.

zwei Jahre nach seiner Wahl persönlich weitaus angesehener ist als die potentiellen demokratischen Gegenkandidaten Kennedy und Mondale. Es ist zu vermuten (obwohl hierzu bislang keine Untersuchungen vorliegen), daß der noch unentschiedene, zahlreichen Schwankungen unterworfene Meinungsbildungsprozeß im Mittelstand, einer erstmals von der Krise umfänglich betroffenen Gruppe, eine der wesentlichen Ursachen dieser Widersprüchlichkeit und Ambivalenz ist.

4) In dieser Instrumentalisierbarkeit einer zwar zunehmend politisierten, aber orientierungslosen Grundstimmung liegt nach wie vor die große Chance der in „Political Action Committees" organisierten *außerparlamentarischen Rechten.* Ihr Mißerfolg bei der Novemberwahl signalisiert noch keineswegs ein Scheitern ihres politischen Konzepts und/oder ihres ideologischen Einflusses. Ihr entscheidender Fehler beim diesjährigen Wahlkampf war wohl, statt wirtschaftlicher Fragen allein die sog. „social issues" (Schulgebete, Abtreibungsverbot, Beschneidung der Bürgerrechte etc.) zu thematisieren. Die Situation kann sich in dem Augenblick durchaus ändern, wenn eine wirtschaftspolitische Programmatik angeboten wird. Wahrscheinliche Schlüsselforderungen wären dann die bekannten demagogischen Varianten: Wirtschaftsaufschwung durch Aufrüstung, Lösung der Beschäftigungsprobleme durch Protektionismus, Einwanderungsverbot bzw. Abschiebung neuer Einwanderergruppen (insbesondere Hispanics), wirtschaftsautoritäre Ordnungsprogramme mit Zwangsverordnungen u. v. a. Ein so profiliertes Programm würde die neue Rechte in ihrer Oppositionsrolle zweifellos stärken und das politische Spektrum weiter nach rechts drücken.

5) Damit ist auch der Rahmen dessen abgesteckt, was von der Arbeit des im Januar zusammentretenden *neuen Kongresses* zu erwarten ist. Bisher war es Reagan gelungen, entscheidende Abstimmungen (wenn auch oft nur mit knapper Mehrheit) in einer Koalition der geschlossen auftretenden republikanischen Fraktion mit konservativen Demokraten aus den Südstaaten (sog. „Boll Weevils") zu gewinnen. Der Verlust von 26 Sitzen, die Wahl liberaler Demokraten und eine sich abzeichnende größere Unabhängigkeit republikanischer Abgeordneter vom Weißen Haus wird es unmöglich machen, diese Koalition fortzuschreiben.

Bilanziert man die umfängliche Debatte in den führenden Zeitungen und Zeitschriften des Landes und die diversen Stellungnahmen der Kapitalseite[9]), so treten zwei mögliche Entwicklungsvarianten hervor: Kompromisse in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die schlimmsten Auswüchse der bisherigen Politik korrigieren (freilich weiterhin auf Grundlage der Reaganomics), und Abstriche am Rüstungshaushalt. D. h. konkret: Verabschiedung eines begrenzten und nur auf politische Legitimation bedachten, daher kosmetischen

9) Vgl. u. a.: Peter H. Stone, At War over the Pentagon, in: „New York Times" v. 14. 11. 1982; Peter T. Kilborn, Business Chiefs See Need to Cut Military Spending to Trim Deficit, in: „New York Times" v. 11. 10. 1982; Murray L. Weidenbaum, It's Time for a Hard Look at Defense, in: „New York Times" v. 31. 10. 1982.

Arbeitsbeschaffungsprogramms für soziale Infrastrukturmaßnahmen und Einsparungen im Rüstungsbereich, die die zunehmend unkontrollierbaren Folgen für den Staatshaushalt bändigen, ohne an der Entwicklung und Stationierung von Erstschlagswaffen und dem Aufbau konventioneller Interventionskapazität – also dem Kern des Reaganschen Militärprogramms – Abstriche zu machen. Möglicherweise wird es also zu einer Verteilung derselben Rüstungsausgaben auf einen längeren Zeitraum kommen.

Diese Erwartung steckt wohl hinter den Wahlanalysen der gesamten bürgerlichen Presse in den USA, die von einem Trend zum „mäßigenden Zentrum" sprach. Auch in maßgeblichen Wirtschaftskreisen scheint eine solchermaßen moderierte, aber im Grundsatz beibehaltene Richtung bevorzugt zu werden – jedenfalls legt die Verteilung der Wahlkampffinanzen auf die großen Parteien diesen Schluß nahe. Die von den wichtigsten Kapitalgruppen getragenen „Political Action Committees" (sog. „business" oder „corporate PACs") waren darauf bedacht, bei aller Bevorzugung der Republikaner auch den Demokraten ausreichenden Handlungsspielraum zu sichern: 57 % ihrer Mittel flossen der Reagan-Partei zu, 43 % erhielten die Demokraten[10]).

Es ist durchaus möglich, daß in der anstehenden Debatte über die Rüstungs- und Militärpolitik auch weitergehende Positionen zum Tragen kommen. Unter dem Druck der Friedensbewegung kristallisiert sich in der demokratischen Partei nämlich immer deutlicher (und ganz im Unterschied zum wirtschaftspolitischen Bereich!) ein Programm alternativer Außen- und Sicherheitspolitik heraus. Gerade die zentrale Forderung nach einem „Freeze" wird von einer Mehrheit der demokratischen Kongreßfraktion mehrheitlich unterstützt.

Allerdings bleibt zu beachten, daß diese Unterstützung vielfach noch ungefestigt und labil ist: im Frühsommer z. B. stimmten einige der pro-Freeze Abgeordneten des Repräsentantenhauses einem Bewilligungsantrag für den Weiterbau der MX-Rakete zu (also eines jener erstschlagsfähigen Systeme, die die Friedensbewegung sofort „eingefroren" wissen will); viele (u. a. auch Kennedy) fordern eine (begrenzte) Umleitung der im Gefolge eines „Freeze" freigesetzten finanziellen Mittel in die konventionelle Aufrüstung. Und noch immer gehen die Meinungen der außerparlamentarischen Bewegung und führender Parlamentsvertreter in der Frage auseinander, wann „eingefroren" werden soll: sofort und ohne vorherige Verhandlungen (Friedensbewegung) oder erst nach erfolgreichen Verhandlungen über den „Freeze" (so z. B. Kennedy). Letzteres würde nach Meinung der Friedensbewegung möglicherweise einen nicht wiedergutzumachenden zeitlichen Aufschub, d. h. die Gefahr der Stationierung qualitativ neuer Waffensysteme während der Verhandlungsphase, mit sich bringen.

Es wird nicht zuletzt von der Stärke und der strategischen Kompetenz der Friedensbewegung selbst abhängen, ob und wann diese Ungereimtheiten be-

10) Lt. „Washington Post" v. 29. 10. 1982.

seitigt werden können. Damit stellt sich dann auch die zweite entscheidende Frage im Gefolge der Novemberwahl: wo steht die Friedensbewegung und welche Perspektiven zeichnen sich ab?

IV

Die Friedensbewegung – eine Standortbestimmung: Aus dem bisher Gesagten ergibt sich, daß Arbeit und realer Einfluß der außerparlamentarischen Opposition nicht an der Stimmverteilung anläßlich der Wahl bemessen werden können. Gleichwohl wird die Freeze-Bewegung in Zukunft auch und gerade auf Wahl- und parlamentarische Abstimmungserfolge angewiesen sein, will sie ihre Forderungen realisieren. Die bereits ins Auge gefaßte Stationierung von Pershing II und MX läßt überdies nur äußerst geringen zeitlichen Spielraum. Daher ist die Verbindung von außerparlamentarischer Opposition und erfolgreicher parlamentsbezogener Arbeit schon jetzt zur *Tagesaufgabe* geworden. Aus Vorbereitung und Verlauf der Novemberwahl ergeben sich wichtige Hinweise auf die Schwierigkeiten und Chancen zur Bewältigung dieser Aufgabe.

Zunächst zu den *Schwierigkeiten:* die außerparlamentarische Opposition stand nicht nur vor dem traditionellen Problem, militärstrategische und außenpolitische Themen in den Wahlkampf einzubringen. Zugleich waren die Möglichkeiten effektiver *Öffentlichkeitsarbeit* sehr beschränkt. Keines der führenden Presseorgane unterstützte den Freeze. Im Gegenteil, große Zeitungen wie die „New York Times" und die „Washington Post" nahmen im redaktionellen Teil ausdrücklich gegen ein Einfrieren Stellung[11]).

Das wahrscheinlich wichtigste, strukturelle Hindernis liegt aber woanders: in der ständig wachsenden Macht des „großen Geldes" bei der Organisation des Wahlkampfes, der Bestimmung der Kandidaten und öffentlich diskutierten Inhalte. Es war der teuerste Wahlkampf aller Zeiten. Für die Stimmen von 160 Mill. Wahlberechtigten und 64 Mill. Wählern wurden insgesamt 900 Mill. Dollar (über 14 Dollar pro Stimme) ausgegeben, davon allein 325 Mill. für die Kongreßwahlen[12]). Um einen Senatssitz zu gewinnen, waren durchschnittlich 1,5 Mill. Dollar erforderlich – die Hälfte der Senatskandidaten waren folglich auch Millionäre. Die schwindelerregenden Steigerungsraten der notwendigen Mittel betreffen *alle* Wahlämter, von den Gemeindeparlamenten bis hin zum Senat. Verfügen die Kandidaten nicht selbst über die erforderlichen Summen, werden sie von den „Political Action Committees" finanziert und damit abhängig. 1982 gab es 1400 von Industrieseite finanzierter Komittees, eine Steigerung um das 15fache gegenüber 1974[13]); 40 % der insgesamt 3500

11) Vgl. „New York Times" v. 13. 11. 1982.
12) Lt. „US News and World Report" v. 15. 11. 1982.
13) Lt. „Washington Post" v. 30. 10. 1982. Zu den wichtigsten Komittees gehören: National Congressional Club, National Conservative PAC, Realtors' PAC, Fund for a Conservative Majority, American Medical Association PAC, Citizens for the Republic, National Committee for an Effective Congress, Committee for the Survival of a Free Congress, Fund for a Democratic Majority, National Rifle Association Political Victory Fund („New York Times" v. 3. 11. 1982).

national agierenden „Political Action Committees" werden damit vom Kapital kontrolliert[14]).

Wahlkämpfe werden nicht nur immer kapitalintensiver, sondern zusehends vom Einsatz moderner Technologie und Marketing-Strategien geprägt (Computer für Public-Relations-Programme, generalstabsmäßig organisierte Wurfsendungen etc.) Allein deren gezielter Einsatz entscheidet darüber, zu welchem Zeitpunkt welche Inhalte „vermaßt" werden. Es liegt auf der Hand, daß die außerparlamentarische Opposition damit vor denkbar ungünstigen Voraussetzungen mit Blick auf Kandidatenaufstellung und Medieneinfluß steht. Ihre Randstellung in der „medialisierten" politischen Kultur der USA wird dadurch zusätzlich verfestigt.

Trotz dieser ungünstigen Rahmenbedingungen zeigten sich anläßlich der Wahl zugleich *Chancen* für die demokratische Bewegung, in Zukunft wirksamer als bisher in den politischen Prozeß einzugreifen – Chancen, die in den Darstellungen der bundesdeutschen Presse aus durchsichtigen Gründen nicht oder kaum erwähnt wurden.

Allgemein war erwartet worden, daß die in Zeiten wirtschaftlicher Depression allenthalben feststellbare resignative Apathie der Krisengeschädigten die Wahlbeteiligung noch weiter senken werde. Dies hat sich nicht bestätigt. Die *Wahlbeteiligung* lag mit etwas mehr als 40 % über dem Durchschnitt aller Zwischenwahlen seit 1962, und es stimmten proportional mehr *Arbeitslose, Arme* und Angehörige *rassischer Minoritäten* als in der Vergangenheit ab. Dem gewerkschaftlich unterstützten „Project Vote" z. B. gelang es, unter den vor Sozialhilfeämtern wartenden Arbeitslosen und Wohlfahrtsempfängern in insgesamt sieben Staaten der Ostküste und des Mittleren Westens 80 000 zusätzliche Wähler zu registrieren.

Das entscheidende Indiz einer Intensivierung des politischen Prozesses und zugleich einer Polarisierung des Spektrums ist in der enorm gestiegenen Zahl von *Bürgeranträgen* (sog. „ballot initiatives") zu sehen. Diese Initiativen werden im Unterschied zu Referenden nicht von den Staatsparlamenten zur Abstimmung gestellt, sondern sind auf die Basisarbeit nicht-etablierter politischer Parteien und/oder Wählergruppierungen angewiesen. Von den 30er Jahren und den populistischen Anträgen zur Kontrolle des „big business" ausgehend, wird diese Form der politischen Willensbekundung von allen politisch-ideologischen Richtungen aufgegriffen. In diesem Jahr wurden nicht nur die meisten Anträge seit 1932 gestellt (60 Themen in 24 Staaten), sondern es war auch ein deutlicher Trend zugunsten progressiver Inhalte feststellbar. Zwar ist die „neue Rechte" mit ihren reaktionären Standardthemen (Abtreibungsverbot, keine Gleichberechtigung der Frau, Aufhebung der rassischen Gleichberechtigung, Wiedereinführung der Todesstrafe etc.) nach wie vor vertreten, ihre dominante Stellung aus dem Präsidentschaftswahlkampf 1980 aber wurde gebrochen.

14) Lt. „New York Times" v. 3. 11. 1982.

Angenommen wurden z. B. folgende Anträge: keine Gemeindesteuern für Zivilverteidigung (in Cleveland, Ohio); jährlicher Bericht des Bürgermeisters über die in den Pentagon-Haushalt fließenden Gelder der Stadt (in Pittsburgh, Pennsylvania); kein Bau neuer Atomkraftwerke oder Atommülldepots ohne vorherige Volksbefragung (in Massachusetts); keine weitere Militärhilfe an El Salvador (in Portland, Oregon; in Burlington und St. Albans, Vermont). Anträge gegen Kernenergie in Idaho und Maine wurden ebenso abgelehnt wie die Forderung, die Atomwaffenfabrik Rocky Flats bei Denver (Colorado) auf friedliche Produktion umzustellen.

In Gestalt dieser Bürgeranträge scheint sich eine Gegenbewegung zur krisenbedingten Apathie, zur Alternativlosigkeit der etablierten Parteien und deren abgehobenem, computerisiertem Medienwahlkampf zu formieren. Sehr wichtig für diesen Formationsprozeß ist, daß die politisch organisierte, aber zersplitterte und nach wie vor randständige *Linke* diese Arbeit als neues Politikfeld definiert hat und daß in den letzten Jahren die *Frauen* sehr aktiv geworden sind. Letzteres zeigt sich nicht allein an den Aktivitäten ihrer Organisationen (z. B. National Organization of Women-NOW), sondern wird auch durch Wahlverhalten und Meinungsumfragen bestätigt: Frauen wählten z. B. häufiger als Männer demokratisch, und ihre politische Grundhaltung scheint profilierter (ein höherer Prozentsatz als bei den Männern spricht sich z. B. für Abrüstung aus). Hier hat wohl der Kampf um die Gleichberechtigung (Equal Rights Amendment) in allen Teilen des Landes mobilisierend gewirkt.

Der „*Freeze*" war mit Abstand die häufigste und erfolgreichste „ballot initiative". In den Staaten Arizona, California, Massachusetts, Michigan, Montana, New Jersey, North Dakota, Oregon und Rhode Island sowie in zahlreichen Bezirken, Gemeinden, Städten und Großstädten (z. B. Washington, D. C., Chicago, Denver) stimmten 11 112 908 Wähler mit „Ja" (60 %) und 7 338 097 mit „Nein" (40 %). Abgelehnt wurden die Anträge nur in Arizona und je einem Bezirk in Arkansas und Colorado. In Montana sprachen sich die Bürger nicht nur für „Freeze", sondern auch gegen eine Stationierung der MX aus. Mit diesem überzeugenden Erfolg hat die Freeze-Kampagne zweifellos ein wichtiges Teilziel erreicht und ihr Anliegen nicht nur zu einer „Frage nationalen Interesses" gemacht (wie dies in den Strategiepapieren der Bewegung formuliert wird), sondern auch die Zustimmung einer repräsentativen Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung gefunden.

Sollen diese Chancen genutzt und in einen Erfolg bei den Präsidentschaftswahlen 1984 umgemünzt werden, so wird sich die Friedensbewegung mit folgenden *Aufgaben* auseinanderzusetzen haben[15]):

1) Die Positionen innerhalb der eigenen Reihen zu festigen und aufklärerisch gegenüber noch unentschlossenen oder schwankenden Bevölkerungsgruppen zu wirken. Die nominelle Mehrheit für die Freeze-Resolutionen sollte

15) Zum Folgenden vgl. auch: Heinrich W. Ahlemeyer/Bernd Greiner (Hrsg.), We shall overcome – die amerikanische Friedensbewegung in Selbstzeugnissen, Köln 1982 (im Erscheinen).

nämlich nicht mit inhaltlicher Verankerung der Position gleichgesetzt werden. Einer Umfrage des Nachrichtenmagazins „Time" und der Rundfunkgesellschaft CBS zufolge wollten z.B. 40 % der zur Wahl registrierten Freeze-Anhänger für die Republikaner stimmen[16]).

2) Nur wenn es gelingt, das strikt als Einpunktforderung verstandene „Freeze Now!" als eine Politik begreif- und erfahrbar zu machen, die die wirtschafts- und sozialpolitischen *Tages*interessen der Mehrheit der Bevölkerung und insbesondere der Krisenopfer *unmittelbar* mit einschließt (denn einzig und allein ein sofortiges Einfrieren könnte die weitere Umverteilung stoppen und perspektivisch Mittel für soziale Zwecke freisetzen!), d.h.: nur wenn deutlich wird, daß die Erfüllung einer *einzigen* sicherheitspolitischen Forderung zugleich eine *Vielzahl* tagtäglicher Reproduktionsinteressen befriedigen würde, wird es möglich sein,

a) die künftig unabdingbare Unterstützung der Arbeiterschaft und der ethnischen Minoritäten zu gewinnen und

b) die traditionelle Abschottung von Außen- und Militärpolitik bei Wahlen zu überwinden und die Kandidaten an ihrer innen- *und* militärstrategischen Programmatik zu messen.

In den Koordinationsgremien der Freeze-Kampagne hat man diese strategische Notwendigkeit begriffen; in zahlreichen lokalen und regionalen Initiativen mangelt es freilich noch an dergleichen Problembewußtsein. Die Haltung der Gewerkschaften wird auch hier für die weitere Entwicklung mitentscheidend sein. Offenbar vollziehen sich augenblicklich innergewerkschaftliche Differenzierungs- und Polarisierungsprozesse[17]), die auf eine Aufkündigung der über Jahrzehnte praktizierten Loyalität in Fragen „nationaler Sicherheit" hinauslaufen.

3) Nicht zuletzt aus diesem Grund steht zu erwarten, daß von Regierungsseite die bisher erfolglose, erst während des Wahlkampfes intensivierte Propagandaarbeit gegen den Freeze[18]) verstärkt und institutionalisiert werden wird. Spaltung und Repression werden die bevorzugten Mittel sein.

4) Im Frühjahr 1983 soll die Freeze-Forderung als *verbindliche* Resolution erneut im Repräsentantenhaus eingebracht und die parlamentarische Lobbyarbeit verstärkt werden. Bei dieser Gelegenheit wird sich erneut die Frage stellen, wie im Zusammenwirken mit der demokratischen Partei deren militärpolitisches Alternativkonzept und damit der Differenzierungsprozeß innerhalb der herrschenden Kreise offensiv für den Aufbau einer breitest-möglichen Anti-Reagan-Koalition zu nutzen ist. Die Frage nach der Dauerhaftigkeit eines solchen Zusammengehens und ob Personalisierung und Vereinnahmung durch die Demokraten vermeidbar sind, wird allein in der politi-

16) Lt. „International Herald Tribune" v. 20. 10. 1982.
17) Vgl. Ahlemeyer/Greiner, a.a.O., Kap. 3, 4.
18) Vgl. Frank Donner, But Will They Come? The Campaign to Smear the Nuclear Freeze Movement, in: „The Nation" v. 6. 11. 1982, S. 456–465.

schen Praxis entschieden werden, hängt also auch wesentlich von Einfluß und strategischem Geschick der Freeze-Bewegung selbst ab. Dabei wird es nicht nur darauf ankommen, den Boden für die Freeze-Resolution zu bereiten, sondern zugleich das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten bei militärischen Mittelbewilligungen zu beeinflussen und damit in die Haushaltsstruktur einzugreifen. Eine erste Probe aufs Exempel werden die neuerlichen Debatten und Abstimmungen über die MX im Dezember oder Januar sein.

Erst wenn diese Aufgaben bewältigt sind, wird die Freeze-Bewegung die anläßlich der Novemberwahl deutlich gewordene Ambivalenz von Stärke *und* Schwäche überwinden, die 1984er Wahl entscheidend beeinflussen und Reagan schlagen können. Nur unter der Voraussetzung, daß die gegebene Polarisierung und Intensivierung des politischen Prozesses in den USA eine solchermaßen positiv definierte, nämlich vereinheitlichende Orientierung erhält, wird eine innenpolitische Kräfteverschiebung mit erheblicher Außenwirkung möglich sein. Mit Prognosen muß man vorsichtig sein: noch gibt es keine Wende, nur Ansätze dazu.

Sparen, Umverteilen, Rüsten

Zu den Schwerpunkten der Haushaltspolitik seit dem Regierungswechsel

Von Jörg Huffschmid

„Unser Ziel heißt klar und deutlich: Über geordnete Finanzen zu einem geordneten Staat."
Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982

1. Neue Akzente – unveränderte Schwerpunkte

Als eine der wichtigsten und drängendsten Aufgaben hat die Regierung Kohl die Neuordnung und Sanierung der öffentlichen Finanzen bezeichnet. Sie hat allerdings nicht – wie vor der Regierungsübernahme mehrfach angekündigt –